

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Donnerstag, 30.08.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Dorn, Göttling, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Stadtverordneter Pfalz (CDU), Ludwig (MBL)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung Oberamtsrat Norbert Wagner hat am 1. August 2007 sein 40-jähriges Dienstjubiläum begangen. Der Stadtverordnetenvorsteher würdigt in einigen Worten die Tätigkeit von Norbert Wagner seit 1975 für die Stadtverordnetenversammlung und wünscht weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher bekannt, dass der Stadtverordnete Jürgen Markus (Bündnis 90/Die Grünen) zum 1. September 2007 aus der Stadtverordnetenversammlung ausscheidet. Der Stadtverordnete Markus war seit August 1998 Mitglied des Hauses.

Anschließend gedenken alle Anwesenden in einer Schweigeminute der im Juli d. J. verstorbenen langjährigen Stadtverordnetenvorsteherin und Stadtältesten Dr. Christa Czempel, SPD-Fraktion.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.06.2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Der Stadtverordnete Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass auf Seite 28 bei TOP 14.9 eine Änderung erforderlich ist, da er für seine Fraktion gesprochen hat (s. 3. Absatz der Niederschrift).

Der Stadtverordnetenvorsteher sagt eine Änderung der Niederschrift zu.

Weitere Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der geänderten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung und trägt einige grundsätzliche Anmerkungen zu den von der CDU-Fraktion heute vorgelegten vier dringlichen Anträgen vor. Diese Dringlichkeitsanträge waren in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates nicht angekündigt worden, obwohl im Hause eine Vereinbarung besteht, dies in solchen Fällen zu tun.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Stadtverordnetenversammlung und beruft den Ältestenrat ein, um über das weitere Verfahren zu beraten. Die

Sitzung wird unterbrochen von 17:18 bis 17:50 Uhr.

Nachdem der Ältestenrat getagt hat und die Sitzung fortgesetzt wird, gibt der Stadtverordnetenvorsteher bekannt, dass keine Absprachen im Ältestenrat getroffen wurden. Somit werden die dringlichen Anträge nacheinander aufgerufen und evtl. durch die antragstellende Fraktion begründet. Über die Aufnahme in die Tagesordnung wird nach den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung sodann entschieden werden.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) stellt den Geschäftsordnungsantrag, wegen der eingetretenen Verzögerung im Sitzungsablauf die Möglichkeit zur Aussprache um 20 Minuten zu verlängern. Wie bekannt ist, hat der Ältestenrat bereits im Juli entschieden, die Aussprachen nur bis 22:00 Uhr durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, MBL und FDP folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

Es bleibt hinsichtlich der Aussprachengrenze bei 22:00 Uhr.

Anschließend ruft der Stadtverordnetenvorsteher die dringlichen Anträge in der Reihenfolge des Eingangs bei der Geschäftsstelle auf.

1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sorge um verurteilte Studierende

Der Antrag wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU). In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und ein Stadtverordneter der MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Dringlichkeitsantrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am Rübenstein

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Markus (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle, der auch einige Fragen aus dem Hause beantwortet. In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, Marburger Linken und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Dringlichkeitsantrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Parteiwerbung an Schulen

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Schaffner (CDU). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Gegen die Dringlichkeit wird aus dem Hause nicht gesprochen, sodass der Antrag einstimmig als TOP 8.1 in die Tagesordnung eingefügt wird.

Die Vorlage liegt dem Protokoll als Anlage bei.

4. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Beteiligung der Aufsichträte

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und der MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Für den Magistrat spricht noch Oberbürgermeister Vaupel.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

5. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Unkenntnis der Dezernentin?

Die Vorlage wird mündlich begründet durch den Stadtverordneten Stompfe (CDU). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). Er beantragt im Rahmen seines Wortbeitrages eine Bandabschrift der Redebeiträge zur Beratung über die dringlichen Anträge.

Die Dringlichkeit dieser Vorlage wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt eine Sitzung des Ältestenrates, um über die in den Wortbeiträgen gefallenen Äußerungen zu beraten. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18:50 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Nachdem die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 19:05 Uhr fortgesetzt wird, bittet der Stadtverordnetenvorsteher alle Anwesenden diskriminierende Äußerungen während der Sitzung und auch in den Sitzungspausen zu unterlassen.

Es folgt die weitere Beratung der Tagesordnung.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt

9.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH, VO/1321/2007,

9.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde Am Rübenstein, VO/1585/2007,

9.27 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein, VO/1609/2007,

9.28 Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe VO/1610/2007

zu vertagen und in die heute noch zu bildenden Akteneinsichtsausschüsse zur weiteren Beratung zu überweisen und begründet dies.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, über die Verweisung eines jeden Antrages einzeln abzustimmen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH, VO/1321/2007

Gegen die Überweisung spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird vertagt und an den noch zu bildenden Akteneinsichtsausschuss „Marburger Altenhilfe“ überwiesen.

Zu TOP 9.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde Am Rübenstein, VO/1585/2007

Gegen die Vertagung dieses Antrages spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird vertagt und an den noch zu bildenden Akteneinsichtsausschuss betr. Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof überwiesen.

Zu TOP 9.27 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein, VO/1609/2007

Gegen die Vertagung dieser Vorlage spricht die Stadtverordnete Schwebel (FDP).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird vertagt und an den noch zu bildenden Akteneinsichtsausschuss betr. Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof überwiesen.

Zu TOP 9.28 Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe VO/1610/2007
Gegen die Vertagung dieses Antrages spricht der Stadtverordnete Sawalies (FDP). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die übrigen Stimmen der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Antrag wird vertagt und an den noch zu bildenden

Akteneinsichtsausschuss „Marburger Altenhilfe“ überwiesen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt ferner bekannt, dass unter dem **TOP 3** noch eingefügt werden soll:

„Bildung eines Akteneinsichtsausschusses Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof, VO/1672/2007“.

Der Ältestenrat hat in seiner gestrichen Sitzung vereinbart, neben dem Akteneinsichtsausschuss „Altenhilfe“ unter TOP 5 auch diesen Akteneinsichtsausschuss heute einzurichten. Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Die Beschlussvorlage TOP 3 liegt allen Mitgliedern des Hauses vor.

Anschließend erläutert der Stadtverordnetenvorsteher die noch verbliebene Tagesordnung und gibt die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen bekannt.

Die Tagesordnung gilt insofern als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 18/2007) Vorlage: VO/1634/2007

**In der Stadtverwaltung arbeiten viele Leute. Wer kann schon "Leichte Sprache"?
Wo lernen diese Leute "Leichte Sprache"? Was tut der Magistrat dafür, dass viele Leute "Leichte Sprache" lernen können?**

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort mit dem Protokoll erteilt.

Aufgrund des Parlamentsbeschlusses vom 30.08.2007 zur Umsetzung des Projektes "Leichte Sprache" in der Stadtverwaltung Marburg wurden alle Fachdienste gebeten, ihre jeweiligen Formulare und Formbriefe unter dem Aspekt der Verständlichkeit und Lesbarkeit zu überprüfen.

Bis auf wenige Ausnahmen ergab die Resonanz, dass die Vordrucke, Anträge, Bescheide und Schreiben in einer für die jeweiligen Zielgruppen verständlichen Sprachform abgefasst sind.

Dessen ungeachtet soll jedoch für künftige Projekte (z. B. bei Neuentwicklung von Vordrucken und Schriftstücken) verstärkt diesem Thema Beachtung geschenkt werden.

Gemäß des Parlamentsbeschlusses und auf dem Hintergrund einer Diskussion im Schul- und Kulturausschuss am 22.3.07 soll nun zusammen mit dem Behindertenbeirat geprüft werden, wo aus dessen Sicht aktueller

Handlungsbedarf besteht und anschließend mit den entsprechenden Fachdiensten Kontakt aufgenommen werden.

Auf diesem Hintergrund wird sich zeigen, ob für die Stadtverwaltung Marburg wie zum Beispiel in der Stadt Kassel ein besonderer Schulungsbedarf für die Umsetzung der "Leichten Sprache" für notwendig erachtet wird.

Vorsorglich wurden hierfür zum Haushalt 2008 5.000 Euro angemeldet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordnete Marianne Wölk (Nr. 2 8/2007)
Vorlage: VO/1666/2007**

Wie weit ist die Prüfung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 23.03.05 umgesetzt und welche Ergebnisse und Maßnahmen zur Entschärfung der unübersichtlichen Verkehrssituation gegenüber der Linksabbiegespur der Einmündung Abfahrt Großseelheimer Straße (aus Richtung Stadt kommend) auf die Sonnenblickallee sind zu verzeichnen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aufgrund des o.a. Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde die Verkehrssituation an dieser Einmündung mit dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei umgehend ausführlich erörtert.

An dieser Einmündung ist kein auffälliges Unfallgeschehen bei der Polizei registriert.

An dieser Einmündung bestehen ausreichende Sichtverhältnisse und daher sind zusätzliche Maßnahmen wie z.B. das Anbringen eines Verkehrsspiegels nicht erforderlich.

Damit die Sichtverhältnisse auch künftig nicht eingeschränkt werden, wurde der Bewuchs in diesem Bereich radikal zurück geschnitten.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordnete Marianne Wölk (Nr. 3 8/2007)
Vorlage: VO/1635/2007**

Auf eine kleine Anfrage vom 20.10.2005 hat der Magistrat seine Absicht bekundet, den Fußweg zwischen dem Schwimmbad AquaMar und dem Südbahnhof zu verbreitern. Im Zuge dieser Baumaßnahmen sollten Vorbereitungen zur Errichtung einer Beleuchtungsanlage getroffen werden. Wie ist der Sachstand?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Geh- und Radweg Dükerweg zwischen Campingplatz und Schützenpfehlbrücke soll verbreitert und dabei mit einer Beleuchtungsanlage ausgestattet werden.

Für die Maßnahme wurden Fördermittel des FAG beantragt. Mit Schreiben vom 05.03.2007 wurde vom ASV Marburg mitgeteilt, dass der Dükerweg im laufenden Haushaltsjahr nicht gefördert werden könne. Am 14.06.2007 hat das ASV Marburg telefonisch mitgeteilt, dass evtl. doch noch eine Förderung im laufenden Haushaltsjahr möglich sei. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass die Mittel zur Verfügung stünden und spätestens 3 Monate nach Bestandskraft des Förderbescheides mit dem Bau begonnen würde.

Da die Chance der Fördermöglichkeit genutzt werden soll, wurden auf Antrag des Fachdienstes Tiefbau die städtischen Haushaltsmittel am 25.06.2007 freigegeben.

Sobald der Förderbescheid vorliegt kann die Maßnahme ausgeschrieben und umgesetzt werden.

zu 4.4 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 4 8/2007)**
Vorlage: VO/1699/2007

Kann die Bäderdezernentin eine erste Einschätzung dazu geben, wie sich das diesjährige Sommerwetter auf die Besucherzahlen des AquaMar auswirkt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Durch das schlechte Wetter wird voraussichtlich eine geringere Anzahl von Badegästen das Freibad aufsuchen.

Das Hallenbad verzeichnet aber einen Besucherzuwachs im Vergleich Mitte Mai bis 31. Juli 2007 für den gleichen Zeitraum zu 2006.

Dies ist hauptsächlich auf die kombinierte Nutzung von Hallen- und Freibad zum Kombiticket ohne Zeitlimit zurückzuführen.

Mitte Mai bis 28.08	Hallenbad	Freibad	Sauna	Gesamt
2006	85.036	44.237	5.489	134.762
2007	92.066	26.253	5.464	123.783
Differenz 2007 zu 2006	7.030	- 17.984	- 25	- 10.979

20.08. - 27.08.2007 war das Hallenbad und die Sauna wegen Reinigungsarbeiten geschlossen.

Im gleichen Zeitraum im Jahr 2006 besuchten 8.110 Gäste das Hallenbad und die Sauna.

zu 4.5 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 8/2007)**
Vorlage: VO/1636/2007

Kann die Kulturdezernentin Auskunft erteilen, wie viele Teilnehmer/innen die Sommerakademie 2007 verzeichnen konnte?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Mit 262 Teilnehmenden war die Sommerakademie 2007 zum 30-jährigen Bestehen besonders erfolgreich. Die „dienstälteste“ Sommerakademie in Deutschland bot 18 Kurse in Bildender und Darstellender Kunst. Die weiteste Teilnehmerin kam aus Kalifornien, wie im Vorjahr nahmen zwei Stipendiaten aus der Partnerstadt Poitiers teil. Zwei 17-jährige Polinnen waren auf Initiative und private Kosten des Bauerbacher Ortsvorstehers Walter Matt, Ehrenbürger der Stadt Lodz, zur Sommerakademie eingeladen worden.

Die Sommerakademie ist nicht nur das größte kulturtouristische Projekt Marburgs. Mit dem vielfältigen öffentlichen Begleitprogramm bereicherte sie auch 2007 wieder das Marburger Kulturprogramm mit Ausstellungen, Akademiefest, Vorträgen, Vorführungen, Lesungen, einem Konzert, dem Besuch der documenta in Kassel, einer Theateraufführung und einem Tag der offenen Tür unter dem Motto „Sommerakademie transparent“.

zu 4.6 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 6 8/2007)**
Vorlage: VO/1645/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob und in welchem Umfang sich die Landtagsabgeordneten aus Marburg bzw. dem Landkreis und Mitglieder der Hessischen Landesregierung für das Marburger Campus-Projekt engagieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist bekannt, dass sich die heimischen Landtagsabgeordneten im Rahmen ihrer Möglichkeiten für das Campus-Projekt engagieren. Aus Gesprächen mit Mitgliedern der Hessischen Landesregierung ist bekannt, dass die zuständigen Ministerien sich sehr für die Realisierung des Campus-Projekts in Marburg einsetzen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Oppermann (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Ab 19:49 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

zu 4.7 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 7 8/2007)**
Vorlage: VO/1646/2007

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, welche Anstrengungen er gemäß dem Beschluss der STVV vom 14. Juli 2006 unternommen hat, um gemeinsam mit der Universität Marburg eine Lösung für den Erhalt des Bootshauses am Edersee zu finden?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Der Magistrat hatte den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sowohl schriftlich als auch gesprächsweise an die Philipps-Universität herangetragen. Nachdem sich die Universität in engen Verhandlungen mit der Jugendkonflikthilfe befand, zeichnete sich im 1. Quartal diesen Jahres eine Lösung mit der Jugendkonflikthilfe als Betreiberin ab. Zu einem Vertragsabschluss ist es letztlich aus wirtschaftlichen Gründen grundsätzlicher Art nicht gekommen. Nach Auskunft der Philipps-Universität läuft der gegenwärtige Sommerbetrieb 2007 normal weiter. Über den weiteren Betrieb des Bootshauses am Edersee möchte die Universität als Eigentümerin auf Nachfrage zunächst intern nachdenken.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 8 8/2007)
Vorlage: VO/1685/2007**

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, wann gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Tempo 80 km/h für PKW's und Tempo 60 km/h für LKW's durch die Straßenverkehrsbehörde auf der Stadtautobahn angeordnet wird.

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Es ist damit zu rechnen, dass die für das Gutachten notwendigen Datenerhebungen und schalltechnischen Berechnungen in Kürze abgeschlossen sind.

Sobald das Ergebnis des schalltechnischen Gutachtens vorliegt, wird die Straßenverkehrsbehörde Kontakt mit den an dem Verfahren beteiligten Stelle - Regierungspräsidium, Amt für Straßen- und Verkehrswesen sowie Polizei - aufnehmen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 9 8/2007)
Vorlage: VO/1686/2007**

**Wieviele Wohngeldberechtigte haben den Anspruch auf Wohngeld, obwohl sie einer Berufstätigkeit nachgehen?
Wie viele arbeiten davon in Voll- oder Teilzeit?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Ob und in welcher Höhe Wohngeld in Anspruch genommen werden kann, hängt ab von drei Faktoren:

- der Höhe des Einkommens
- der Höhe der zuschussfähigen Miete
- der Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder.

Einkommen im wohngeldrechtlichen Sinne sind alle positiven Einkünfte nach dem Einkommenssteuergesetz (z. B. Einkünfte aus selbstständiger und nichtselbstständiger Arbeit, Renten, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Unterhalt).

Bei der Berechnung des Wohngeldes ist nicht die Art des Einkommens entscheidend, sondern nur ihre Höhe. Eine Statistik über die verschiedenen Einkunftsarten wird bei der Stadt Marburg nicht geführt, so dass keine valide Auskunft darüber gegeben werden kann, in wie vielen Fällen Erwerbseinkommen aus Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigungen erzielt wird.

Personen die keine eigenen Einkünfte oder nur geringe Einkünfte erzielen, haben in der Regel keinen Anspruch auf Wohngeld, jedoch Anspruch auf Leistungen nach anderen gesetzlichen Grundlagen (z. B. SGB II oder SGB XII).

Zusatzfragen des Stadtverordneten Hussein (SPD) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.10 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 10 8/2007)**
Vorlage: VO/1637/2007

Im Vorstand des Vereins MitteHessen ist auch nach dem Beitritt der Stadtwerke Marburg keine stärkere Vertretung Marburger Interessen zu erkennen. Außer dem Universitätspräsidenten Prof. Dr. Volker Nienhaus ist niemand mit Bezug zur Stadt Marburg bzw. Landkreis vertreten. Der Magistrat wird deshalb gebeten, Auskunft zu geben, wie hoch die Mitgliedsbeiträge der Gebietskörperschaften Stadt Marburg und Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie der Firmen aus Stadt und Landkreis sind und wie hoch die Summe ist, die MitteHessen für Projekte in Stadt und Landkreis in den Jahren 2006 und 2007 ausgegeben hat?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus dem Beitritt der Stadtwerke Marburg zum Verein MitteHessen auf eine stärkere Vertretung Marburgs im Vorstand zu schließen ist nicht folgerichtig, denn der Verein MitteHessen umfasst 78 Mitglieder, von denen nur 12 aus Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf stammen. Darin ist das Uniklinikum Gießen und Marburg schon mitgerechnet. Es ist folglich notwendig, dass noch mehr Unternehmen, Organisationen und auch Gemeinden aus dem Marburger Raum beitreten. Aus dem Giessener Raum sind beispielsweise 27 Mitglieder zu verzeichnen.

Die Satzung des Vereins MitteHessen sieht z. Z. vor, dass nur jeweils ein Oberzentrum, ein Landkreis und eine Universität bzw. FH abwechselnd im Vorstand vertreten ist. Da die Oberzentren wesentliche Lokomotivfunktionen für die Region Mittelhessen wahrnehmen, wäre es angemessen aus diesem Grund eine ständige Vertretung der Universitätsstadt Marburg im Vorstand zu beanspruchen. Entsprechende Aktivitäten dieses zu erreichen sind eingeleitet, jedoch nicht einfach durchzusetzen. Bis dahin wird Herr Präsident Prof. Dr. Nienhaus Marburger Interessen gut vertreten.

Der Mitgliedsbeitrag der Universitätsstadt Marburg beträgt 20.000 €/a und ist im

Haushalt ausgewiesen. Der Beitrag von Oberzentren und Landkreisen ist gleich, so dass der Landkreis Marburg-Biedenkopf ebenfalls 20.000 €/a entrichtet. Sonstige Mitglieder und Unternehmen zahlen gemäß Beitragsordnung 5.000 €/a. Aus Datenschutzgründen werden jedoch Mitgliedsbeiträge einzelner Unternehmen nicht bekannt gegeben.

Der Verein MitteHessen ist gemäß Satzung für das Regionalmanagement von Mittelhessen zuständig, die Außendarstellung der gesamten Region national und international, die gesamte Region betreffende Projekte in Wirtschaft und Wissenschaft sowie Infrastruktur- und Tourismusprojekte mit Bedeutung für die gesamte Region. Beispiele sind die Projekte Medizin- und Pharmatechnik zur Erlangung von EU-Förderungen, Messebeteiligungen (Expo-Real in München). Einzelprojekte in Stadt und Landkreis sind nicht Gegenstand des Vereins MitteHessen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Bedeutung des Vereins MitteHessen für das Oberzentrum Marburg erheblich ist, da in einem Europa der Regionen Städte unserer Größenordnung kaum noch wahrgenommen werden, EU-Fördermittel nur noch an Regionen gewährt werden und überregionale Messeauftritte für unsere Stadt alleine unbezahlbar wären. Ziel muss es also sein, das Gewicht Marburgs in MitteHessen weiter zu verstärken durch mehr Mitglieder aus unserem Raum.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Uchtmann (MBL) und Götting (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 11 8/2007)**
Vorlage: VO/1667/2007

Ist dem Magistrat bekannt, dass es immer wieder zu Unfällen in Höhe Hansenhaus-Abfahrt aus Richtung Stadt zum Richtsberg kommt? Das gleiche gilt für die anderen Abfahrten zum Richtsberg bzw. vom Richtsberg in Richtung Stadt auf die Sonnenblickallee. Kann durch die Anbringung von Spiegeln die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei, bei dem alle gemeldeten Unfälle registriert werden, ist kein auffälliges Unfallgeschehen an der genannten Einmündung und auch nicht im weiteren Verlauf der Sonnenblickallee bekannt.

An allen Einmündungen bestehen ausreichende Sichtverhältnisse. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit ist jeweils auf 60 km/h begrenzt.

Das Anbringen zusätzlicher Verkehrsspiegel ist nicht erforderlich.

zu 4.12 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Bettina Böttcher (Nr. 12 8/2007)**
Vorlage: VO/1687/2007

Durch die starken Steigungen der Potsdamer Straße wird immer wieder zu schnell bergab gefahren. Kann der Magistrat durch entsprechende Änderungen in der Straßenverkehrsregelung, die z. Zt. ein eingeschränktes Halteverbot auf einer Seite vorschreibt, dafür sorgen, dass sowohl rechts und links - also versetzt - geparkt werden kann um dadurch den Verkehr automatisch zu verlangsamen? Das wäre eine rasche Maßnahmen und zudem auch noch kostengünstig.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch die Straßenverkehrsbehörde wird in Abstimmung mit den zuständigen Stellen geprüft, ob und in welcher Form die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden können.

Nach erfolgter Prüfung wird die Fragetellerin schriftlich über das Ergebnis informiert.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Bettina Böttcher (Nr. 13 8/2007)
Vorlage: VO/1673/2007**

Ist dem Magistrat bekannt, dass es in der Nachbarschaft am Bolzplatz Chemnitzer Straße (Erfurter Straße) sehr viel Ärger über die Lärmbelästigung in der Mittagszeit sowie in der Abend- und Nachtzeit gibt? Kann der Magistrat Sorge dafür tragen, dass ein Schild am Bolzplatz Chemnitzer Straße angebracht wird, auf dem die Spielzeiten bzw. Nicht-Spielzeiten bekannt gegeben werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zu Frage 1:

FD 67 ist über Lärmbelästigung der Anwohner durch den Betrieb des Bolzplatzes nichts bekannt. Allerdings finden sich in den letzten Monaten des öfteren Scherben auf und in unmittelbarer Umgebung des Platzes, die sofort vom Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg beseitigt werden.

Zu Frage 2:

Vorläufig ist das Anbringen eines o.a. Schildes von 67 nicht beabsichtigt, da die Spielzeiten der Bolzplätze durch das Marburger Ortsrecht 32/5 Marburger Straßenordnung hinlänglich geregelt und bekannt sind (bis 23:00 Uhr bzw. Einbruch der Dunkelheit).

Geplant ist das Setzen von Absperrpfosten am Beginn des Fußweges zum Bolzplatz, um das Befahren durch PKW zu verhindern.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Lotz-Halilovic (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 14 8/2007)
Vorlage: VO/1638/2007**

Wie oft wurde das Lichtkonzept „Siebensiebenzwölfnulsieben“ zum

Leuchten gebracht, und wie viel Geld hat es an Spenden eingebracht?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bis Ende Juli leuchtete das Lichtherz, das in den überregionalen Medien zum Symbol des Marburger Elisabeth-Jubiläums präsentiert wird, insgesamt knapp 20.000 Minuten bzw. 330 Stunden.

Um die Spenden zu diesem Zeitpunkt zu ermitteln, müssen zunächst noch T-Com-Kosten ermittelt werden. Bis Ende Juni waren an Spenden 1.500 € aufgelaufen.

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 15 8/2007)
Vorlage: VO/1639/2007**

Wo befinden sich zur Zeit die beiden Skulpturen „Hl. Elisabeth und St. Jakob“, die zur Ausleihe bei der Ausstellung „Elisabeth im Druck“ (Universitätsbibliothek) von der Stiftung St. Jakob dorthin gegeben wurden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Figuren gehören zur Geschichte der Stiftung St. Jakob und sollen auch weiterhin in diesen Zusammenhang gestellt bzw. gezeigt werden. Sie sind nach dem Ende der Ausstellung zunächst wieder an ihren ursprünglichen Platz gelangt und befinden sich derzeit im Haus der Marburger Altenhilfe, Sudetenstraße 24.

Nach Rücksprache mit der Geschäftsführung der Marburger Altenhilfe sollen die beiden Figuren entsprechend geschützt und gesichert (Sockel/Vitrine) in den nächsten Wochen aufgestellt werden, damit sie auch für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Derzeit ist noch offen, ob sie gemeinsam oder getrennt in den Häusern der Marburger Altenhilfe „Auf der Weide“ bzw. „Sudetenstraße“ präsentiert werden. In jedem Fall wäre ein Verweis auf die jeweils andere Figur gegeben.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sabine Pistor (Nr. 16 8/2007)
Vorlage: VO/1668/2007**

Ist geplant, in der Ketzerbach an mehreren Stellen Müllbehälter aufzustellen? Zur Zeit wird der Abfall „wild“ entsorgt, insbesondere auch vor Restaurants und Kneipen (Zigarettenreste etc.).

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Bereich der Umgestaltungsmaßnahme Ketzerbach werden nach Abschluss der Bauarbeiten Abfallbehälter aufgestellt. Diese warten bereits auf dem Servicehof auf die Montage. Es handelt sich um Modelle mit 120 l Volumen, die auch in der Oberstadt zum Einsatz kommen.

4 Standorte sind festgelegt worden:

Je ein Abfallbehälter an den gegenüberliegenden Bushaltestellen im Westen der Ketzerbach, einer vor dem tegut-Markt und einer am Übergang vor dem Haus der Ketzerbach-Gesellschaft.

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 17 8/2007)
Vorlage: VO/1674/2007**

Die Kleine Anfrage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen. Eine Beantwortung entfällt daher.

**zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 18 8/2007)
Vorlage: VO/1688/2007**

Was hat der Magistrat unternommen, um zu gewährleisten, dass bei den Straßenbauarbeiten in der Ketzerbach und im Marbacher Weg einschließlich Pflasterung Tariflöhne gezahlt werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Seit 01.01.2004 gibt es keine Rechtsgrundlage von Firmen bei der Angebotsabgabe Tariftreueerklärungen zu fordern, da der Tariftreueerlass des Landes Hessen aufgehoben wurde. Grundsätzlich gilt im Bauhauptgewerbe die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Auf die Einhaltung muss sich auch die Stadt Marburg verlassen.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 19 8/2007)
Vorlage: VO/1647/2007**

Worauf stützt der Magistrat seine in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni 2007 durch Bürgermeister Dr. Kahle geäußerte Auffassung, dass die Erteilung der Baugenehmigung für die Partikeltherapie-Anlage der Rhönklinikum AG ohne vorherige Erstellung eines Bebauungsplanes nicht nur rechtlich möglich, sondern auch rechtlich zwingend geboten gewesen sei?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Erteilung der Baugenehmigung basiert auf dem Paragraphen 33 Baugesetzbuch (BauGB), welcher ausdrücklich die Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung regelt.

Nachdem die im zitierten Paragraphen beschriebenen Bedingungen von der

Bauherrschaft erfüllt wurden, war das Vorhaben entsprechend zu genehmigen. Im Übrigen war insbesondere nach der so genannten Bürger-/Trägeranhörung gemäß §§ 3 (1), 4 (1) BauGB und dem Stadtverordnetenbeschluss zur Offenlage (§§ 3 (2) und 4 (2) BauGB) in keinsten Weise abzusehen, dass es zu strittigen Abwägungsvorgängen kommen könnte; diese Einschätzung wurde im Zuge des Satzungsbeschlusses bestätigt. Mit der Baugenehmigung vom Mai 2007 gemäß § 33 BauGB wurde den rechtlichen Gegebenheiten voll entsprochen und gleichzeitig die Verlässlichkeit der Stadt Marburg zusammen mit dem mehrfach im Verfahren dargestellten Zeitgerüst unter Beweis gestellt.

Im Übrigen ist die geplante Krebstherapie sehr wichtig. Sie ist für viele an Krebs erkrankte Personen eine neue Hoffnungen weckende Behandlungsmethode. Die Bemühungen des Klinikums, sie baldmöglichst in Marburg umzusetzen, verdienen nach Ansicht des Magistrats die volle Unterstützung, zumal die Therapie voraussichtlich in Europa führend sein wird.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.20 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 20 8/2007)**
Vorlage: VO/1689/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob nachfolgende Äußerungen des Baudezernenten Bürgermeister Dr. Franz Kahle in der OP vom 4. 8. 07 richtig wiedergegeben wurden?

Zitat:

„Er habe dem Bauherren allerdings auch deutlich gemacht, dass er auf das Wohlwollen der Stadt angewiesen sei, wenn er sein Bauvorhaben umsetzen wolle. Bei der gegenwärtigen Planung könne er dem Bauherren dieses Wohlwollen nicht in Aussicht stellen.“

Sollten die Äußerungen des Baudezernenten so gefallen sein, handelt es sich um die öffentliche Androhung von Repressalien für den Fall, dass ein Bauherr seine rechtmäßige Baugenehmigung in die Tat umsetzt. Das könnte als eine Form von Erpressung verstanden werden.

Denkt der Magistrat über mögliche Konsequenzen für den Fall nach, dass sich ein Bürgermeister und außerdem ehemaliger deutscher Richter zu derartigen Aussagen hat hinreißen lassen, die eine drastische Distanz zu Recht und Gesetz demonstrieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Aussage ist sinngemäß richtig wiedergegeben worden.

Der Hintergrund ist bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 29.06.2007 mündlich erläutert worden. Um die Baugenehmigung umzusetzen, könnte der Bauherr unseres Erachtens die Baustelle vom Rübenstein oder vom Lutherischen Kirchhof her einrichten. Eine Einrichtung der Baustelle über den Rübenstein als öffentliche Wegefläche wäre von der Stadt sicherlich im Rahmen des üblichen zu genehmigen. Anders verhält es sich allerdings mit der Einrichtung über den

Lutherischen Kirchhof. Bei diesem Gelände handelt es sich um ein Privatgrundstück der Kirche. Die Kirche hat bislang eine Genehmigung, dass ihr Grundstück für die Bauarbeiten genutzt werden darf, nicht gegeben. Als Bürgermeister und Baudezernent sehe ich nach wie vor keine Veranlassung, auf die Kirche einzuwirken, dem eventuellen Bauherren eine solche Genehmigung zu erteilen. Im Übrigen ist es Sache eines Bauherren/einer Bauherrin, sich ggf. vor Beantragung einer Baugenehmigung darum zu bemühen, dass er ggf. Nachbargrundstücke für die Bauzeit in Anspruch nehmen darf.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Schwebel (FDP) und Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 20:18 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Barbara Ackermann (Nr. 21 8/2007)
Vorlage: VO/1648/2007**

Wie hoch ist die Auslastung des ÖPNV nach 20:00 Uhr in dem Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit liegen den Stadtwerken Fahrgastzahlen aus einer Zählung der Linie A2 von Januar und Februar vor, die besagt, dass am Abend an den beiden Haltestellen Moischer Straße und Neuer Friedhof durchschnittlich zwischen 6 und 7 Fahrgastbewegungen zu beobachten sind. Naturgemäß kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass kurz vor Ende der Fahrtroute einer Buslinie die Besetzung des Fahrzeuges noch sehr hoch ist.

**zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 22 8/2007)
Vorlage: VO/1649/2007**

Besteht die Möglichkeit, das Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“ nach 20:00 Uhr mit dem AST anzubinden und um wie viel niedriger sind die Kosten gegenüber der jetzigen Anbindung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit wird das Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“ täglich nach 20:00 Uhr mit der Linie 2 bzw. A2 bedient. Dies geschieht im Rahmen der bestehenden Umläufe, d.h. zur Bedienung des Streckenabschnitts ab der Wendeschleife im Sohlgaben bis zur Haltestelle „Moischer Straße“ wird kein zusätzliches Fahrzeug und kein zusätzliches Personal benötigt. Der Mehraufwand beschränkt sich lediglich auf den Treibstoff und den Verschleiß der Fahrzeuge. Sollte ausschließlich für das Neubaugebiet eine zusätzliche AST-Verbindung aus der Innenstadt heraus geplant werden, so ist mit zusätzlichem Aufwand für Fahrzeug und Personal zu rechnen.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Schaffner (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.23 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Barbara Ackermann (Nr. 23 8/2007)
Vorlage: VO/1650/2007**

Wie hoch ist die Lärmbelastung durch den Bus im Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtwerke Marburg führen selbst keine Geräuschemessungen durch und können daher keine Aussagen über eine Beeinträchtigung durch den Busverkehr im Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“ machen.

Der Magistrat wird sich jedoch für die Durchführung von Geräuschemessungen im genannten Bereich einsetzen.

**zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Barbara Ackermann (Nr. 24 8/2007)
Vorlage: VO/1690/2007**

Sind die Straßen in dem Neubaugebiet „Obere Moischer Straße“ so ausgelegt, dass sie dem Busverkehr standhalten können, wenn nicht, wer kommt für die Straßenschäden bzw. für die Schäden, die den Anliegern durch den ÖPNV entstehen, auf?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Straßen im Neubaugebiet "Obere Moischer Straße" sind so ausgelegt, dass sie einer Schwerverkehrsbelastung standhalten. Allerdings entstehen durch intensive Befahrung mit Stadtbussen erfahrungsgemäß schneller Straßenschäden, als in vergleichbaren Straßen, die nicht durch Stadtbuslinien befahren werden.

Daher erhebt die Stadt bei einem erneuten Ausbau von Anliegerstraßen mit Busverkehr, der über den normalen Straßenunterhaltungsaufwand hinausgeht, gemäß der gültigen Straßenbeitragssatzung nur 50 % des beitragsfähigen Aufwandes statt der 75 %, die sonst in solchen Straßen zu erheben wären.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Heck (CDU) und Meyer (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 25 8/2007)
Vorlage: VO/1640/2007**

Aus welchen Gründen, seit wann, wie häufig, in welcher Auflage und gegen welche Einnahmen druckt die Stadt Marburg das "Moischer Wochenblatt" als Informationsblatt des SPD-Ortsvereins Moischt, in dessen Ausgabe

3/2007 zur Wahl von Manfred Barth zum Landrat aufgefordert wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit mehreren Jahren werden - soweit es die dienstliche Auftragslage zulässt - Druck- oder Kopieraufträge von verschiedenen Institutionen oder auch von Mitarbeitern in unserer Druckerei verarbeitet. Dabei wird der Inhalt in keiner Weise geprüft oder zensiert.

Diese Arbeiten werden nach Erledigung aufgelistet, der Aufwand und der Verbrauch an Material nach einem Entgeltverzeichnis errechnet und dann dem entsprechenden Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Eine Durchschrift dieser Rechnung geht an unsere Rechnungsstelle. Dort wird eine Annahmeanordnung gefertigt und zur Abwicklung an die Stadtkasse weitergeleitet, die dann den Zahlungsvorgang überwacht.

Einnahmen dieser Art werden unter der Haushaltsstelle 0201.13000 verbucht. Im vergangenen Jahr wurden durch diese Aufträge Einnahmen in Höhe von ca. **3.800 €** erzielt.

Wie aus den Gesamteinnahmen zu ersehen ist, handelt es sich hier um Kleinstaufträge, sodass hier eine Konkurrenz zur Wirtschaft weder gegeben noch vorgesehen ist.

Zu dem „Kundenkreis“ gehören neben Anderen:

Afföller-Gemeinde, Kleingärtnerverein Afföller, Verein für Luftfahrt, Surfverein Kirchhain, Marburger Skatverein, Moischer Wochenblatt, VFL-Turnen, DBM, MTM,.....

Das „Moischer Wochenblatt“ wurde im Jahr 2006 vier mal mit einer Gesamtauflage von 500 Exemplaren gedruckt, dabei wechselte die Blattanzahl zwischen einem und vier Blättern. Insgesamt wurden **404,80 €** in Rechnung gestellt.

Für die nachgefragte Ausgabe 03/2007 sind Kosten in Höhe von **111,60 €** entstanden.

**zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 26 8/2007)
Vorlage: VO/1651/2007**

Ist der Magistrat zum Druck von Wahlwerbung für Landrat Robert Fischbach mit derselben Angabe in der Broschüre ("Druck: Stadt Marburg") zu vergleichbaren Konditionen bereit?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ein Druck von direkten Wahlwerbungen für Parteien oder Personen in der stadt eigenen Druckerei wird vom Magistrat abgelehnt.

Wahlwerbung ist ausschließlich im Sinne eines

allgemeinen Aufrufes zur Wahrnehmung des Wahlrechtes

vorstellbar und wurde auch so bereits in der Vergangenheit praktiziert.
Der Druck des „Moischer Wochenblattes“ ist nicht gleichzusetzen mit dem angefragten Druckauftrag.

Sollte jedoch ein Verein oder Gremium des Stadtteils Wehrda - oder jedes anderen Stadt- bzw. Ortsteils die Unterstützung unserer Druckerei benötigen, so kann eine solche Unterstützung - sofern es die dienstliche Auftragslage zulässt - geleistet werden.

Der Aufwand wird unabhängig einer Person oder Institution nach unserem Entgeltverzeichnis berechnet und in Rechnung gestellt.

(Siehe dazu die beschriebene Vorgehensweise der Anfrage „Moischer Wochenblatt“)

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 27 8/2007)

Vorlage: VO/1676/2007

Trifft die in der örtlichen Presse veröffentlichte Summe als Abfindung für die Stiftungsleiterin Frau Thaller zu? Wer zahlt diesen Betrag und hat die Zahlung dieses Betrages finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Marburg?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Zwischen der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH als Arbeitgeberin und Frau Thaller als Beschäftigte dieses Unternehmens hat es aufgrund der bekannten arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung einen von den Anwälten beider Seiten ausgehandelten außergerichtlichen Vergleich gegeben. Dieser Vergleich beinhaltet ausdrücklich, über diese privatrechtliche Einigung Stillschweigen zu bewahren. Da die im Raum stehenden Ansprüche nicht gegenüber der Universitätsstadt Marburg geltend gemacht werden und insoweit auch keine unmittelbaren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, besteht zudem auch keine Notwendigkeit und Verpflichtung, diese Informationen öffentlich zu machen und damit gegen die Vereinbarung zu verstoßen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Severin (SPD) und Metz (Marburger Linke) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.28 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 28 8/2007)
Vorlage: VO/1691/2007

Trifft es zu, dass Verkehrskontrollen in Weidenhausen ungleich häufiger durchgeführt werden als in der Oberstadt und wie gedenkt der Magistrat das Missverhältnis zu beheben zugunsten der Fußgänger in der Oberstadt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es trifft nicht zu, dass Verkehrskontrollen in Weidenhausen ungleich häufiger

durchgeführt werden, als in der Oberstadt. Die Oberstadt wird täglich - teilweise mehrfach - kontrolliert.

Lediglich die Anzahl der erteilten Verwarnungen ist in Weidenhausen proportional höher.

Die Fragestellerin hat vom FD 32 die Auskunft erhalten, dass für einen bestimmten Zeitraum mehr Verwarnungen in Weidenhausen als in der Oberstadt erteilt worden sind.

Von Anzahl der erteilten Verwarnungen kann jedoch nicht auf die Anzahl der Kontrollen geschlossen werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.29 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 29 8/2007)
Vorlage: VO/1694/2007**

Wie viele Rat suchende Prostituierte haben die Beratungsstelle von FIM im Rathaus seit Einrichtung dieser Stelle aufgesucht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Streetwork ist ein wesentlicher Bestandteil des FIM-Angebotes. Die erfahrenen Mitarbeiterinnen von FIM haben nicht damit gerechnet, dass Prostituierte zur Beratung ins Rathaus kommen.

Das Rathaus als Standort für die Beratungsstelle hat sich für die Kontakte mit Ämtern, Polizei usw. bewährt.

Die beiden FIM-Mitarbeiterinnen Frau Doris Eckhardt und Frau Encarni Ramirez sind regelmäßig "vor Ort", das heißt, sie besuchen die Bordelle in Marburg.

Dadurch ist es ihnen gelungen, Kontakt zu Prostituierten herzustellen. Die Beraterinnen haben vor Ort mehrere Beratungsgespräche geführt.

Durch diese Kontakte wird das Hilfsangebot von FIM bei den in den Bordellen tätigen Frauen bekannt. Diese Vertrauen bildende Arbeit hat sich bewährt.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.30 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 30 8/2007)
Vorlage: VO/1695/2007**

Ist dem Magistrat bekannt, dass vermehrt Autofahrer den Oberen Gerichtsweg Richtung Kaffweg/Zahlbach entgegen der Einbahnstraßenregelung mit hoher Geschwindigkeit befahren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In diesem Bereich ist eine Fahrspur entgegengesetzt der Einbahnstraße lediglich für den Busverkehr freigegeben.

Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen werden nicht selten missachtet. Eine

umfassende Überwachung einzelner Beschilderungen ist unmöglich. Zudem ist die Situation auch mit einer zusätzlichen straßenverkehrsrechtlichen Anordnung nicht zu optimieren.

Verstöße können beim Fachdienst Ordnung und Straßenverkehr unter Angabe des Fahrzeugkennzeichens angezeigt werden.

zu 4.31 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 31 8/2007)**
Vorlage: VO/1696/2007

Die Fontanestraße wird oft als Abkürzung durch den aus Richtung Kaffweg kommenden Autoverkehr benutzt um die beiden Ampelanlagen der Großseelheimer Straße Richtung Stadt zu umfahren. Welche Schritte wird der Magistrat unternehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist kaum vorstellbar, dass ein eine Vielzahl von Fahrzeugen diese Fahrstrecke in einer Tempo-30-Zone mit vielen parkenden Fahrzeugen nutzt, da für den Durchgangsverkehr aus dieser Richtung die Weintrautstraße die bessere Alternative wäre.

Anliegerverkehr aus den anliegenden Wohngebieten kann unserer Auffassung verkräftet werden.

Eine zusätzliche straßenverkehrsrechtliche Einschränkung der Fontanenstraße ist nicht vorgesehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Kaufmann (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.32 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 32 8/2007)**
Vorlage: VO/1641/2007

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wann über das Kinderbecken im AquaMar ein Sonnensegel zum Schutz der Kinder angebracht wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die Erneuerung des Kinderplanschbeckens im Freibad AquaMar wird zurzeit durch das Architekturbüro Koppert & Koenis die Ausführungsplanung vorbereitet.

Im Planungskonzept ist ein Sonnensegel vorgesehen.

Die Ausführung der Erneuerung des Planschbeckens erfolgt im Frühjahr 2008, so dass das neue Planschbecken zur Freibadsaison 2008 fertig gestellt ist.

zu 4.33 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 33 8/2007)**

Vorlage: VO/1642/2007

Wie waren die Entscheidungsabläufe im Genehmigungsverfahren bzgl. der Baugenehmigung unterhalb der Lutherischen Pfarrkirche?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das ehemals vorhandene Fachwerkgebäude befand sich in einem sehr bedenklichen baulichen Zustand, insbesondere massive statisch-konstruktive Mängel, gravierende Feuchtigkeitsschäden und unakzeptable Deckenhöhen.

Bei einer Ortsbesichtigung am 09.10.2003 kamen Vertreter des Sanierungsbüros, der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) und beteiligte Architekten zu der Feststellung, dass das Gebäude unbewohnbar ist. Ein dem Gebäude vorgelagerter großer Gewölbekeller (unter der Mauerbastion) würde durch Neuplanungen nicht tangiert.

Im Winter 2003 und Frühjahr 2004 gab es diverse Vorverhandlungen zwischen dem Sanierungsbüro und dem Eigentümer mit dem Ergebnis, dass auf Grundlage eines Sanierungsvertrages mit der Verpflichtung zum Neubaubeginn innerhalb von 3 Jahren die Abbruchmaßnahme mit Einsatz von Städtebaufördermitteln finanziert wurde (Ordnungsmaßnahme, Abbruch musste noch in 2004 erfolgen).

Auf dieser zeitlichen Vorgabe erfolgte am 27.07.04 die Einreichung eines Abbruchartrags des Eigentümers, vertreten durch seinen Architekten. Die Einholung einer Zustimmung zum Abbruch erfolgte beim Landesamt für Denkmalpflege (LfDH) am 12.10.04. Die UDSchB erteilte daraufhin am 25.10.04 ihre Zustimmung mit der Bedingung, vor Ausführung des Rückbaus einen Entwurf für eine genehmigungsfähige Neubebauung vorgelegt zu bekommen und zudem bauhistorische Untersuchungen durch das Institut für Bauforschung und Dokumentation beauftragen zu können.

Hierfür ging am 20.06.05 eine Bauvoranfrage ein. Nachdem am 31.08.05 ein Ortstermin mit dem Vertreter des LfDH stattfand, wurde zunächst eine 2-geschossige Bebauung präferiert, an einem weiteren Ortstermin am 14.10.05 zwischen LfDH, UDSchB und dem Architekten einigte man sich aus städtebaulichen Gründen auf eine 3-geschossige Entwurfsvariante, allerdings mit einer reduzierten Firsthöhe, die einen Ausgleich in den Gebäudenhöhen im Vergleich zu den Nachbargebäuden Rübenstein 3 und 7 schaffen sollte. Frühere Bedenken des LfDH zur Höhenentwicklung wurden somit zurückgestellt. Auch seitens der Kirche, die als Grundstücksnachbarin an dem Verfahren beteiligt war, wurden keine Bedenken gegen die Gebäudehöhe geltend gemacht.

Auf dieser Basis erfolgte am 07.11.05 die Zustimmung der UDSchB und der Eingang des angepassten Bauantrags am 06.01.06. Als Ergebnis der Bauberatung mit der UDSchB wurden vom Architekten zusätzlich hochwertigere Fassadenelemente (Sandsteinsockel, Farbton Fenster und Putz, Dacheindeckung, Eingangssituation, usw.) gefordert, denen er mit einem Nachtrag nachkam. Die erneute Zustimmung der UDSchB erging somit am 07.02.06. In dieser Phase ist es versäumt worden den Denkmalbeirat einzubinden.

Die endgültige Baugenehmigung verzögerte sich aufgrund langwieriger Verhandlungen über den noch ausstehenden Stellplatznachweis bzw. dessen Ablösung bis zum 05.10.06.

Die regelmäßige Abstimmung mit dem LfDH, etliche Revisionen im Entwurfsprozess mit dem Architekten und die städtebauliche Ausformung der

Kubatur lassen sich zwar in der Nachbetrachtung als fachlich begründbares Verfahrensergebnis darstellen. Auf Grund der Lage des Baugrundstückes wäre eine Diskussion im Denkmalbeirat aber unabdingbar gewesen.

In der Sitzung am 08.05.07 ist der Denkmalbeirat, informiert worden; es erfolgte eine Entschuldigung der UDSchB. Über das Bauvorhaben gab es in der Denkmalbeiratssitzung u. a. einen Beschluss zur Reduzierung der Gebäudehöhe um ein Vollgeschoss, so dass die Firsthöhe unterhalb der Mauerkrone des Lutherischen Pfarrhofs bleiben sollte.

In der Junisitzung ist dem Denkmalbeirat mitgeteilt worden, dass Abstimmungen mit dem Bauherrn zur Reduzierung der Gebäudehöhe angestrebt werden und bereits hierzu positive Erklärungen und Signale aufgenommen werden konnten.

In einem weiteren Gespräch am 25.06.07 mit dem Vorsitzenden und der 2. Vorsitzenden, also lange vor der Berichterstattung der Presse und der vermeintlichen Aufdeckung durch ein Mitglied des Denkmalbeirats, wurde das Verfahren inhaltlich aufgearbeitet und bereits Schritte eingeleitet, die empfehlenden Vorgaben des Denkmalbeirats planerisch wie verhandlungstechnisch umzusetzen.

Da die Verhandlungen noch andauern, kann derzeit noch keine Aussage zu möglichen Mehraufwendungen durch die Entwurfsänderungen getroffen werden.

Höhenangaben:

Die Gebäudehöhe am First beträgt 12,55 m. Die Begrenzungsmauer des Lutherischen Kirchhofs wird vom First (Giebelspitze des Hauses) in Form von Dreiecksflächen wie folgt überragt:

1. um 0,55 m im Abstand von 2,45 m zur Begrenzungsmauer,
2. um 0,60 m im Abstand von 3,65 m zur Begrenzungsmauer und
3. um 1,55 m, aufsteigend auf 1,80 m, im Abstand von 7,30 m Begrenzungsmauer.

Zwischenzeitlich hat der Unterzeichner zwei Gespräche mit dem Grundstückseigentümer und seinem Architekten geführt. Durch Stellung einer Bauvoranfrage für einen in der Gebäudehöhe reduzierten Baukörper sollen die Voraussetzungen für eine neue Baugenehmigung abgeklärt werden. Die Stadt Marburg hat nach wie vor hohes Interesse an einer baldigen Schließung der Baulücke.

**zu 4.34 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 34 8/2007)
Vorlage: VO/1652/2007**

Wo stehen in der Stadtverwaltung inzwischen Farbkopierer?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Stadtverwaltung Marburg gibt es z.Zt. lediglich vier Farbkopierer. Damit sind je nach Gerät Kopien bis DIN A3 und DIN A0 möglich. Kopieraufträge sind an unsere Hausdruckerei zu richten. Nicht dienstliche Arbeiten werden nach unserem Entgeltverzeichnis in Rechnung gestellt.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 35 - Nr.

46 werden schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

zu 3 Bildung eines Akteneinsichtsausschusses „Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof“
Vorlage: VO/1672/2007

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung bildet einen Akteneinsichtsausschuss „Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof“.**
- 2. Die Besetzung erfolgt im Wege des Benennungsverfahrens.**
- 3. Der Ausschuss soll 17 Sitze erhalten (Sitzverteilung wie folgt: SPD 6 Sitze, Bündnis 90/Die Grünen 3 Sitze, CDU 5 Sitze, Marburger Linke 1 Sitz, FDP 1 Sitz, MBL 1 Sitz).**
- 4. Die Ladung zur ersten Sitzung des Akteneinsichtsausschusses erfolgt durch den Stadtverordnetenvorsteher.**

Die Geschäftsstelle betreut Klaus Fecho, Fachdienst Bauaufsicht.

zu 5 **Bildung eines Akteneinsichtsausschusses "Marburger Altenhilfe"**
Vorlage: VO/1574/2007

Die CDU-Fraktion hatte im Rahmen der Beratungen ihres Antrages betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe beantragt, einen Akteneinsichtsausschuss einzurichten. Der Ausschuss ist daher gemäß § 50, Ziff. 2 HGO zu bilden.

Der Ältestenrat hat bereits in seiner Sitzung am 28. Juni 2007 vereinbart, dass der Ausschuss in der heutigen Sitzung gebildet werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst daher einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung bildet einen Akteneinsichtsausschuss „Marburger Altenhilfe“.**
- 2. Die Besetzung erfolgt im Wege des Benennungsverfahrens.**
- 3. Der Ausschuss soll 17 Sitze erhalten (Sitzverteilung wie folgt: SPD 6 Sitze, Bündnis 90/Die Grünen 3 Sitze, CDU 5 Sitze, Marburger Linke 1 Sitz, FDP 1 Sitz, MBL 1 Sitz).**
- 4. Die Ladung zur ersten Sitzung des Akteneinsichtsausschusses erfolgt durch den Stadtverordnetenvorsteher.**

Die Geschäftsstelle betreut Dieter Finger, Fachdienst Zentrale Dienste.

**zu 6 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 25/6, 1. Änderung,
Magdeburger Straße der Stadt Marburg
Vorlage: VO/1463/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP-Fraktion, der MBL-Fraktion und der Fraktion Marburger Linke und bei Zustimmung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 25/6, 1. Änderung, Magdeburger Straße, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden.

**zu 7 BIOREGIO Holz Mittelhessen
Vorlage: VO/1579/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sich am Projekt "BIOREGIO Holz Mittelhessen" in Kooperation mit den Landkreisen Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill, Gießen sowie mit der Stadt Gießen zu beteiligen.

zu 8 Dringlichkeitsanträge

**zu 8.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parteiwerbung an Schulen
Vorlage: VO/1681/2007**

Zu diesem Antrag wird das Wort nicht gewünscht. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg lehnt Parteienwerbung in Marburgs Schulen strikt ab und fordert den Magistrat auf, parteipolitische Werbung an Schulen zu**

untersagen.

2. **Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zu berichten, welche Maßnahmen von Seiten des Magistrats unternommen wurden, dass Vorkommnisse wie sie in Marburger Schulen und des Landkreises am Einschulungstag am 21.08.2007 geschehen, nicht wiederholen.**

zu 9 Anträge der Fraktionen

**zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard
Vorlage: VO/1074/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt, da der Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen sein Votum noch nicht abgegeben hat. Auch die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss wurde bis dahin zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt ebenfalls die Vorlage zurück.

**zu 9.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Nothelfer-Hinweise
Vorlage: VO/1162/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizei den Schulweg der Marburger Grundschüler zu sichern, indem „Nothelfer“-Hinweise an auf dem Weg liegenden Geschäften angebracht werden.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche
Personenverkehrsdienste
Vorlage: VO/1290/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur September-Sitzung.

**zu 9.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/1321/2007**

Der Antrag wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt und an den Akteneinsichtsausschuss Marburger Altenhilfe überwiesen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsberuhigung in Cappel
Vorlage: VO/1367/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antrag wurde im Umweltausschuss auf folgenden Beschlusstenor abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Stadtteil Cappel folgende verkehrsberuhigten Maßnahmen durchzuführen:

1. Umwidmung des Stücks der Moischer Straße zwischen Reinhardswaldstraße und Ortsausgang Cappel Richtung Moischt Einbeziehung der Odenwaldstraße bis zu Abbiegung der Busstraße zur Tempo-30-Zone,
2. Geschwindigkeitsbeschränkung im Verbindungsstück Cappel / Beltershäuser Straße auf 50 km/h.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Stadtteil Cappel folgende verkehrsberuhigten Maßnahmen durchzuführen:

1. **Umwidmung des Stücks der Moischer Straße zwischen Reinhardswaldstraße und Ortsausgang Cappel Richtung Moischt Einbeziehung der Odenwaldstraße bis zu Abbiegung der Busstraße zur Tempo-30-Zone,**
2. **Geschwindigkeitsbeschränkung im Verbindungsstück Cappel / Beltershäuser Straße auf 50 km/h.**

**zu 9.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Gründerzentrum
Vorlage: VO/1440/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur September-Sitzung.

zu 9.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Burgwaldbahn

Vorlage: VO/1501/2007

Der Antrag wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

**zu 9.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lärmreduktion an Marburger Schulen
Vorlage: VO/1504/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie hoch die Lärmbelastung an Marburger Schulen ist, worin die Ursachen zu sehen sind und welche baulich-technischen Maßnahmen die Stadt ggf. ergreifen kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich der geänderten Antragsfassung aus dem Schul- und Kulturausschuss angeschlossen und empfiehlt die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie hoch die Lärmbelastung an Marburger Schulen ist, worin die Ursachen zu sehen sind und welche baulich-technischen Maßnahmen die Stadt ggf. ergreifen kann.

**zu 9.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Äußerungen des DGB gegen den Marktfrühschoppen
Vorlage: VO/1513/2007**

Der Antrag wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 9.10 "Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit DGB-Sekretär Dr. Immelt" und mit dem Tagesordnungspunkt 9.20 "Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Konzeption Marktfrühschoppen".

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD).

Zu TOP 9.9:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Zu TOP 9.10:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Zu TOP 9.20:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Becker (SPD), Lohse (CDU), Metz (Marburger Linke), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Gottschaldt (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) und Mehnert (CDU).

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher separat über jeden Antrag abstimmen.

Zu TOP 9.9:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und MBL gegen die Stimmen der CDU, bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 9.10:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 9.20:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU und der MBL-Fraktion bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich nach der eindeutigen Distanzierung der Stadtteilgemeinden von radikalen antidemokratischen Gruppierungen beim Marktfrühschoppen, mit den Vertretern der Studentenschaft, des Ausländerbeirates und der Stadtteilgemeinden zusammzusetzen, um ein zukunftsfähiges Konzept für den Marktfrühschoppen zu entwickeln. Das Konzept soll vor allem der Zusammensetzung der Marburger Bürgerschaft und der Studentenschaft gerecht werden.

zu 9.10 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit DGB-Sekretär Dr. Immelt**
Vorlage: VO/1514/2007

Mit TOP 9.9 und 9.20 beraten.

zu 9.11 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Querungshilfe (Zebrastreifen) Gerhart-Hauptmann-Straße**

Vorlage: VO/1515/2007

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Gerhart-Hauptmann-Straße in Höhe der Eingänge zur Gerhart-Hauptmann-Schule und Kindertagesstätte die Sicherheit verbessert werden kann (z. Bsp. durch Schaffung eines Zebrastreifens oder durch Fahrbahnverengung).

Dazu soll ein Ortstermin mit den Betroffenen und der Straßenverkehrsbehörde durchgeführt werden.

zu 9.12 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Begrenzung gastronomischer Betriebe in der Oberstadt**
Vorlage: VO/1562/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Im Jahr 1998 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Magistratsvorlage verabschiedet, die die Zulassung weiterer gastronomischer Betriebe in der Oberstadt verhindert.

Der Magistrat wird vor dem Hintergrund leer stehender Läden und ungenutzter Keller gebeten zu überprüfen, ob der damalige Beschluss noch zeitgemäß ist und zu berichten, ob und wie viele Anträge zur Eröffnung gastronomischer Betriebe in diesem Bereich aktuell vorliegen.

zu 9.13 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Schutz des Einzelhandels in der Innenstadt**
Vorlage: VO/1563/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP und der Marburger Linken, bei Enthaltung der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

Zum Schutz des Einzelhandels in der Innenstadt hat die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1998 eine Magistratsvorlage verabschiedet, wonach innenstadtrelevante Sortimente in neuen Einzelhandelsunternehmen auf der „Grünen Wiese“ nicht zulässig sind.

Der Magistrat wird nun gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob der damals aufgestellte Katalog innenstadtrelevanter Produktgruppen noch dem Schutzbedürfnis innerstädtischer Geschäfte gerecht wird. Insbesondere wird um einen Bericht gebeten, aus dem hervorgeht,

- **ob seitdem Ausnahmen bzw. Aufweichungen von dieser Regelung zugelassen wurden, (wie viele und ggf. welche?)**
- **welche seinerzeit als schutzbedürftig eingestufte Sortimente mittlerweile in der Innenstadt nicht mehr angeboten werden,**
- **ab aktuell Anfragen für die Zulassung der geschützten Sortimente vorliegen (wie viele und ggf. welche?)**
- **ob sich die seinerzeit getroffenen Regelungen als geeignete Instrumente erwiesen haben und heute noch zeitgemäß sind. Hier erbitten wir eine Einschätzung sowohl seitens der Stadtplanung als auch seitens der Wirtschaftsförderung.**

**zu 9.14 Antrag der Marburger Linke - Fraktion betr. Hessisches Auftragsvergabegesetz
Vorlage: VO/1565/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden, weil noch eine Anlage beigefügt werden soll.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

**zu 9.15 Antrag der Marburger Linke - Fraktion betr. Tariflöhne in sozialen Einrichtungen
Vorlage: VO/1566/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss und auch im Sozialausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

**zu 9.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verstöße gegen Baurecht, Brandschutz und Denkmalschutz
Vorlage: VO/1570/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. in der gesamten Altstadt einschließlich Ketzerbach, Weidenhäuser Straße und Am Grün stichprobenartig Untersuchungen durchzuführen, in denen geklärt werden, ob durch zusätzliche An- und Ausbauten gegen Baurecht sowie Bestimmungen zum Brand- und Denkmalschutz verstoßen wurde,
2. dort, wo solche Verstöße festgestellt werden, deren Abstellung auf Kosten der Verursacher zu veranlassen.
3. einen jährlichen Bericht über Umfang und Ergebnisse dieser Untersuchungen vorzulegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. **in der gesamten Altstadt einschließlich Ketzerbach, Weidenhäuser Straße und Am Grün stichprobenartig Untersuchungen durchzuführen, in denen geklärt werden, ob durch zusätzliche An- und Ausbauten gegen Baurecht sowie Bestimmungen zum Brand- und Denkmalschutz verstoßen wurde,**
2. **dort, wo solche Verstöße festgestellt werden, deren Abstellung auf Kosten der Verursacher zu veranlassen.**
3. **einen jährlichen Bericht über Umfang und Ergebnisse dieser Untersuchungen vorzulegen.**

**zu 9.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Integrationsvereinbarung
Vorlage: VO/1580/2007**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Ausländerbeirat überwiesen und insofern zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 9.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauung des ehemaligen „Feeser-Geländes“ mit einem Einkaufs- und Dienstleistungszentrum (Marktdreieck) und Einflussmöglichkeiten des Gestaltungsbeirats
Vorlage: VO/1584/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Beschlusstext ist im Bau- und Planungsausschuss durch die antragstellende Fraktion dahingehend ergänzt worden, dass im ersten Satz nach "den Gestaltungsbeirat" die Worte "und den Denkmalbeirat" eingefügt werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Aus aktuellem Anlass fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, den Gestaltungsbeirat und den Denkmalbeirat zu veranlassen, der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über seine Einflussnahme auf die Gestaltung des Gebäudes „Marktdreieck“ auf dem ehemaligen Feeser-Gelände zu erstatten.

Darüber hinaus fordert die Stadtverordnetenversammlung einen jährlichen Bericht des Gestaltungsbeirats über seine Tätigkeit.

**zu 9.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde am Rübenstein
Vorlage: VO/1585/2007**

Der Antrag wurde bereits zu Beginn der Sitzung an den neugebildeten Akteneinsichtsausschuss "Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof" überwiesen.

**zu 9.20 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Konzeption
Marktfrühschoppen
Vorlage: VO/1594/2007**

Zusammen mit TOP 9.9 und 9.10 wurde bereits folgender Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich nach der eindeutigen Distanzierung der Stadtteilgemeinden von radikalen antidemokratischen Gruppierungen beim Marktfrühschoppen, mit den Vertretern der Studentenschaft, des Ausländerbeirates und der Stadtteilgemeinden zusammensetzen, um ein zukunftsfähiges Konzept für den Marktfrühschoppen zu entwickeln. Das Konzept soll vor allem der Zusammensetzung der Marburger Bürgerschaft und der Studentenschaft gerecht werden.

**zu 9.21 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Lichtkonzept
für die Innenstadt
Vorlage: VO/1595/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, für die Alte Universität ein Beleuchtungskonzept und für die Innenstadt ein Lichtkonzept zu erarbeiten.

**zu 9.22 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Tempo 30 in der Georg-Elser-Straße
Vorlage: VO/1596/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde in der Georg-Elser-Straße Tempo 30 anzuordnen. Ferner sollten hier wirksame Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung, z.B. Bodenschwellen, ergriffen werden.

**zu 9.23 Antrag der CDU-Fraktion betr. das Lichtkunstwerk Siebensiebentwölfnullsieben
Vorlage: VO/1600/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss mit Einverständnis der antragstellenden Fraktion wie folgt neu formuliert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, das Lichtkunstwerk Siebensiebentwölfnullsieben nach dem Elisabethjahr 2007 dauerhaft in Marburg zu installieren.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Außerdem soll der Antrag im Denkmalbeirat und im Kulturforum beraten werden.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich der Änderung des Antrags aus dem Schul- und Kulturausschuss angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündis 90/Die Grünen und CDU bei Nein-Stimmen aus FDP, MBL, Marburger Linken und einer Nein-Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, das Lichtkunstwerk Siebensiebenzwölfnullsieben nach dem Elisabethjahr 2007 dauerhaft in Marburg zu installieren.

Außerdem soll der Antrag im Denkmalbeirat und im Kulturforum beraten werden.

**zu 9.24 Antrag der CDU-Fraktion betr. Schwellen in der Ketzerbach
Vorlage: VO/1601/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Die Aussprache wurde im Ältestenrat beantragt.

Es sprechen im Rahmen der Debatte die Stadtverordneten Jannasch (CDU) und Acker (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, endlich in der Ketzerbach die Schwellen in den Parkbuchten für KFZ unverzüglich in der Höhe so zu kürzen, wie dies bei den letztlich eingebauten Schwellen der Fall ist.

**zu 9.25 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lahnufer im Bereich der Jugendherberge
Vorlage: VO/1602/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antrag wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird beauftragt, für das Lahnufer im Bereich der Jugendherberge eine praktikable Lösung zu finden, durch die der Naturschutz unverzüglich wirksam eingehalten und kontrolliert werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des

Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die vom Umweltausschuss empfohlene Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, für das Lahnufer im Bereich der Jugendherberge eine praktikable Lösung zu finden, durch die der Naturschutz unverzüglich wirksam eingehalten und kontrolliert werden kann.

**zu 9.26 Antrag der MBL-Fraktion betr. Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof
Vorlage: VO/1608/2007**

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss beraten. Eine Abstimmung zu diesem Antrag ist jedoch nicht erforderlich, da die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses vorzunehmen ist, wenn eine Fraktion dies fordert.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 9.27 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein
Vorlage: VO/1609/2007**

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung an den Akteneinsichtsausschuss „Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof“ überwiesen.

**zu 9.28 Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe
Vorlage: VO/1610/2007**

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung an den Akteneinsichtsausschuss „Marburger Altenhilfe“ überwiesen.

**zu 9.29 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Planungsalternativen
Universitätsstraße
Vorlage: VO/1611/2007**

Der Antrag wurde im Umweltausschuss vertagt bis zur Oktober-Sitzung.

Auch der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zur Oktober-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag ebenfalls zurück bis zur Oktober-Sitzung.

**zu 9.30 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorenfreundlichkeit in sämtlichen öffentlichen Bereichen und seniorenfreundliches Einkaufen in Marburg
Vorlage: VO/1612/2007**

Die Vorlage wurde im Sozialausschuss beraten und vertagt bis der Seniorenbeirat eine Stellungnahme abgegeben hat.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 9.31 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lernmittelfreiheit
Vorlage: VO/1626/2007**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen und soll in veränderter Form neu eingereicht werden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 10 Kennntnisnahmen

**zu 10.1 Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der Innenstadt
hier: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (VO/410/2004)
Vorlage: VO/0410/2004-1**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 10.2 Erneuerung der Universitätsstraße im Zuge der K 68
- Entwurfsgenehmigung gemäß Ziffer 2.23, Anlage 21 AGA
Vorlage: VO/1378/2007**

Die Vorlage ist vom Umweltausschuss zurückgestellt worden bis zur Oktober-Sitzung. Sie soll in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bau- und Planungsausschuss erneut beraten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Oktober-Sitzung.

**zu 10.3 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Michelbach-Nord
Vorlage: VO/1455/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende

Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Dr. Wulff (CDU) und Aab (SPD), sowie Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich, da es sich lediglich um eine Kenntnisnahme handelt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 10.4 Prioritätenliste zur Sanierung von städtischen Gebäuden
Vorlage: VO/1518/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 10.5 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der
Budgets zum 30.06.2007
Vorlage: VO/1559/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 10.6 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007 bis zu 1.200.000 €
hier: Hst. 8800/9320 Grunderwerbskosten
Vorlage: VO/1582/2007**

Die Vorlage wird auf Wunsch des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) bis zur nächsten Sitzung vertagt, um sodann die Aussprache durchzuführen.

**Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur
September-Sitzung.**

**zu 10.7 Haushalt 2007
hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Hst. 7910/7150 Zuschuss
naturwissenschaftliches Technologiezentrum
Vorlage: VO/1583/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 10.8 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007
Haushaltsstelle 5810001.968000 - Sanierung der Schlossparkwege
Vorlage: VO/1603/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung abgehandelt. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:20 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Schriftliche Beantwortung von Kleinen Anfragen.